

Amts- und Anzeigebblatt

für den

Bezirk des Amtsgerichts Eibenstock und dessen Umgebung.

Erscheint
täglich abends mit Ausnahme der
Sonn- und Feiertage für den fol-
genden Tag. Insertionspreis:
die kleinspaltige Zeile 12 Pf. Im
amtlichen Teile die gespaltene
Zeile 30 Pf.
Fernsprecher Nr. 210.

Abonnement
vierteljährlich 1 M. 50 Pf. einschließl.
des „Amts- und Anzeigebblatt“
u. der Humor-Beilage „Seifen-
blasen“ in der Expedition, bei
unseren Boten sowie bei allen
Reichspostanstalten.
Telegr.-Adresse: Amtsblatt.

Verantwortlicher Redakteur, Drucker und Verleger: Emil Hannebohn in Eibenstock.

57. Jahrgang.

Nr. 16.

Freitag, den 21. Januar

1910.

Elektrizitätsangelegenheit.

Gegenüber Zeitungsnotizen, die immerhin geeignet sein könnten, bei der Einwohnerschaft irrige Auffassungen über den augenblicklichen Stand der Elektrizitätsangelegenheit in unserer Stadt zu erzeugen, geben wir zur Aufklärung und Beruhigung bekannt, daß die Stadt gegenwärtig noch mit zwei Elektrizitäts erzeugungs-Gesellschaften wegen Lieferung elektrischen Stromes nach Eibenstock verhandelt, die Entscheidung zu Gunsten der einen oder der anderen Gesellschaft aber noch nicht getroffen hat.

Die Einwohnerschaft wird daher in ihrem eigenen Interesse davor gewarnt, irgendwelche Vereinbarungen über Stromlieferung oder Installation usw. zu treffen, bevor die Vergabung der Konzession zum Stromvertrieb tatsächlich erfolgt ist.

Der Stadtrat ist bemüht, die Angelegenheit in aller nächster Zeit dem Abschluß zu zuführen.

Stadtrat Eibenstock, den 19. Januar 1910.

Hesse.

Müller.

Tagesgeschichte.

Deutschland.

Der Kaiser empfing am Mittwoch das Präsidium des preussischen Abgeordnetenhauses. Die Audienz trug einen völlig unpolitischen Charakter. So sprach konfidiert der Monarch im Auswärtigen Amt mit dem Staatssekretär von Schön.

Die Gebrüder Mannesmann erklären in Zuschriften an Berliner Zeitungen, daß sie der Unterzeichnung fernstehen, wonach Staatssekretär von Schön gesagt habe, wenn die Regierung nur ernstlich wolle, folgten ihr die Reichstagsabgeordneten wie die jungen Hunde. Sie behaupten weiter, Mulah Haffid sei am 20. August 1908 bereits in den drei Hauptstädten Fez, Marakech und Meknes als Sultan ausgerufen und dabei berechtigt gewesen, ihnen die Bergwerks-Konzession zu erteilen. Das Auswärtige Amt steht dagegen auf dem Standpunkt, Mulah Haffid habe diese Berechtigung erst nach seiner Anerkennung durch die Mächte erreicht, die bekanntlich später erfolgte.

Zum deutsch-portugiesischen Vertrag. Die „Frankf. Ztg.“ wägt die schwere Schädigung der deutschen Industrie durch den dem Reichstag vorliegenden Entwurf und die Bedenken, die gegen einen vertraglosen Zustand sprechen, sehr sachlich gegen einander ab und kommt zu folgendem Ergebnis: „Bei Annahme des Vertrages würden wir wenigstens, so ungünstig die Sache an sich ist, mit den anderen Ländern auf gleicher Basis marschieren, da ja alle, bis zu gewählten Vorteilen infolge der Reichsbegünstigung auch uns zu gute kämen. Das ist das Hauptargument, das trotz aller Bedenken für eine schließliche Annahme des Vertrages spricht. Ob es aber bei der herrschenden Stimmung im Reichstage und in der Bevölkerung durchführbar wird, ist noch sehr zweifelhaft. Und Portugal hat allen Anlaß, dieser Stimmung Rechnung zu tragen. Denn ein Zollkrieg würde seinen Export nach Deutschland in ganz dem gleichen Maße schädigen, wie den unsrigen, nur daß es auf diesen Export besonders für seine Weine, und zugleich auf die Zollentnahme aus dem deutschen Waren in ungleich höherem Maße angewiesen ist. Daraus erklärt es sich, daß man in ersten Visitationen Kreisen offenbar eifrig bemüht ist, Portugal selbst auch im jetzigen Stadium noch zu einer Milderung des Vertrages zu veranlassen. Wiederholt wird berichtet, daß man in Visitation auf Schritte Deutschlands nach dieser Richtung durchaus gefaßt ist und daß eine wohlwollende Revision der beiden Tarifstabellen vielleicht doch noch ermöglicht werden könnte, wenn Deutschland darauf dringt. Hier ist der Weg, den die deutsche Regierung jedenfalls nicht unerprobt lassen dürfte. Der Reichstag selbst kann den Vertrag nur annehmen oder ablehnen, nicht ihn ändern. Aber es ist klar, daß eine Annahme nur durchzuführen sein wird, wenn die Regierung den klaren Nachweis führen kann, daß bessere Bedingungen unter keinen Umständen mehr erreicht werden können. Neue Verhandlungen mögen der Regierung unangenehm sein. Aber persönliche Empfindlichkeiten dürfen keine Rolle spielen, wenn ernste Interessen wichtiger Erwerbskreise auf dem Spiele stehen.“ — Das ist auch unsere Ansicht.

Reichstagsabgeordneter Dr. Stresemann über die politische Lage. In einer außerordentlich zahlreich besuchten Versammlung des national-liberalen Wahlvereins für den Kreis Saarbrücken sprach vor kurzem der Abgeordnete Stresemann über die politische Lage. Geradezu jubelnde Zustimmung fanden, wie die „Saarbrücker Zeitung“ in ihrer Nummer 33 schreibt, die Ausführungen des Redners über den Ausbau des Montangesetzes, über die Haltung des Fürsten Bülow im Balkankonflikt und über die Notwendigkeit des Zusammenhaltens des Liberalismus, wie er als Grundzug in der national-liberalen Partei zum Ausdruck gelangt. Nachdem der Redner die verfloßene Periode der Blockpolitik, ihrer blei-

benden Bedeutung und ihres Endes bei der Finanzreform ausführlich gedacht hatte, ging er auf die Gegenwart ein, von der er sagte, daß es Tage seien, die uns nicht gefloßen. Die Person des neuen Kanzlers verbürge uns nicht wie die des Fürsten Bülow, daß der Liberalismus zur Mitarbeit herangezogen werde. Herr von Bethmann-Hollweg habe vielmehr Verbindung mit der preussischen Verwaltungspolitik, der schon der Umgang mit einem National-liberalen nicht ungefährlich erscheine. Die erste Rebe des neuen Kanzlers lasse auch nicht gerade erkennen, daß eine Regierung mit starkem Willen hinter ihm stehe und die unglücklichsten Zeiten für unser Volk seien immer die einer schwachen Regierung gewesen, die sich von einzelnen Parteien beherrschen lasse. Weiter widerlegt der Redner die Behauptungen von einem Abmarsch der National-liberalen nach links. Ein solcher Abmarsch sei nicht erfolgt, es liege vielmehr ein Rechtsabmarsch der Konservativen vor. Wenn wir früher, sagte der Redner, in manchen Fragen tatsächlich mit den Freisinnigen in vielen Beziehungen übereinstimmten, so liegt das daran, daß die Freisinnigen sich den National-liberalen genähert haben, daß die Zugkraft unserer Ideen in jachlicher Weise durchgedrungen hat. Wir sind bereit, mit Rechts oder Links zusammenzuarbeiten, wenn wir auf dem sachlichen Wege mit ihnen zusammentreffen, ohne daß wir unsere Selbständigkeit aufgeben. Wir werden niemals eine Oppositionspartei werden, wie wir auch niemals eine Regierungspartei werden. Ob wir Opposition machen, ist nicht von uns, sondern von der Regierung abhängig. Niemals können wir Dinge billigen, wie sie in Kiel geschehen, wo sich sozusagen eine G. m. b. H. zur Ausnützung der Sachkenntnis der Verwaltung gebildet hatte. Redner kritisiert auch scharf die Haltung des Auswärtigen Amtes in jüngerer Zeit, das in der Vertretung der Interessen der Deutschen wohl nicht die wünschenswerte Energie gezeigt habe. Was die Zukunft uns bringen werde, wer vermöge das zu sagen. Jedenfalls zeige uns aber die Gegenwart, daß eine Partei, wie die National-liberale, sei bitter notwendig sei wie je. Sie habe dafür zu sorgen, daß der Gedanke des Liberalismus sich ausbreite, daß große Momente auch ein großes Geschlecht bei uns fänden. Eine schwarze Welle steige immer höher im Süden unseres Reiches. In der Ära der Blockpolitik hätten die Bischöfe von Metz und Straßburg sicher ihre bekann- ten Briefe nicht geschrieben. Jetzt aber nach der Vertreibung des Bismarck witterte man dort Morgenluft. Wenn wir weiterkommen wollten, müßten wir dafür sorgen, daß unser Volk frei bleibe, daß frei bleiben Wissenschaft und Forschung, daß die Entwicklung nach vorwärts gehe und nicht nach rückwärts. — Über den Vortrag schreitet weiter die „Saarbrücker Zeitung“ in Nummer 10, nach deren Bericht Herr Dr. Stresemann, ehe er das Wort ergriff, von der gesamten Versammlung mit jubelndem Beifall empfangen wurde, noch folgendes: „Brausender Beifall, der sich immer wieder erneuerte, dankte dem Redner, auf den Herr Professor Herwig ein jubelnd aufgenommenes Hoch ausbrachte. Nachdem sich der Sturm der Begeisterung gelegt hatte, sprach Herr Professor Herwig dem trefflichen Redner in warmen Worten den Dank aus. Herr Dr. Stresemann habe ihn gebeten, ihn darauf aufmerksam zu machen, wenn eine Stunde verfloßen sei, er habe es aber bei diesen hervorragenden Ausführungen nicht über das Herz gebracht. Nun sind es über 2 Stunden geworden, aber man hätte immer noch länger zuhören mögen. Er bedauerte, daß Herr Dr. Stresemann nicht während der Diskussion hierbleiben könnte. Das auf den Redner ausgebrachte Hoch steigerte sich zu einer stürmischen Ovation. Der gleiche Ruf „Auf Wiedersehen!“ erschollen, nur allmählich glätteten sich die Beifallswogen.“

Militärisches. Nachdem die Ausrüstung der deutschen Kavallerie mit dem neuen Karabiner nahezu beendet ist, soll in nächster Zeit mit der Ausgabe des neuerfindlichen kurzen Seitengewehrs an die Kavallerieregimenter begonnen werden.

Einstellung der Prägung von Fünfmarkstücken. Nachdem schon im Jahre 1909 sieben Millionen Mark zur Ausprägung gelangt sind, ist nunmehr die Ausprägung von Fünfmarkstücken bis auf weiteres überhaupt ausgeföhrt. Schon einmal wurde diese Münzsorte einige Jahre hindurch nicht geprägt. Man wird zusehen, ob man bei größerer Ausprägung von Drei- und Zweimarkstücken überhaupt ohne weitere Prägung von Fünfmarkstücken auskommen kann.

Türkei.

Ehrtung des Freiherrn von der Goltz. Zu Ehren des Generalobersten Freiherrn von der Goltz fand am Dienstag in der Kriegsschule ein Festessen statt, an dem die gesamte türkische Generalität teilnahm. Kriegsminister Scheffer Pascha feierte die Verdienste des Freiherrn von der Goltz um die Reformierung der türkischen Armee, hob die tiefen Sympathien hervor, die der General in allen Kreisen der Armee geniesse und drückte sein Bedauern über dessen bevorstehende Abreise aus. Die Kriegsschule überreichte dem Freiherrn von der Goltz ein silbernes Zintenfaß.

Das türkische Parlamentsgebäude niedergebrannt. In dem als Parlamentsgebäude dienenden Tschiraganpalast ist Mittwoch vormittag 1/12 Uhr Großfeuer ausgebrochen. Der Brand ist auf eine Explosion des Heizapparats in den Räumen des Senats zurückzuführen. Infolge des heftigen Windes griffen die Flammen rasch um sich und breiteten sich auf das ganze Gebäude aus. Die Sitzungssäle der Kammer und des Senats sowie der Thronsaal sind vollständig vernichtet. Drei Elektrizitätsarbeiter wurden verletzt. Die Feuerwehr war dem Elemente gegenüber machtlos. Militär wurde zur Hilfeleistung requiriert. Einige Personen sind bei den Rettungsarbeiten zu Schaden gekommen. Der Großwesir, der Kriegsminister Mahmud Schewket Pascha und die anderen Minister sowie der Präsident der Kammer Ahmed Rizo waren auf der Brandstätte anwesend, deren Umgebung eine ungeheure Volksmenge anfüllte. Kavallerie hielt die Absperrung aufrecht. Die Löscharbeiten wurden vom Bosphorus her durch mehrere Döschschiffe unterstützt. Bei dem Brande sind auch die Parlamentsakten zum größten Teile verbrannt. Wegen des griechischen Feiertages hatte keine Sitzung stattgefunden. Das Gebäude war nicht versichert. Der Schaden beziffert sich auf zehn Millionen Pfund. Um 4 Uhr 50 Minuten nachmittags war das Feuer lokalisiert. Die gesamte Einrichtung des Palastes ist zerstört, nur die Umfassungsmauern sind teilweise erhalten. — Der Marmorpalast von Tschiragan, einer der schönsten orientalischen Prachtbauten, lag gegenüber der Mündung des Bosphorus in das Marmarameer und unweit des berühmten Palastes von Dolma-Bagtsche. Er war im Renaissancestil gehalten und im Innern mit raffinierten Luxus ausgestattet. Anlässlich der jetzigen Parlamentswahl, der vor einigen Monaten gänzlich umgebaut wurde, war mit großer Eleganz eingerichtet, allerdings bot dieser Saal, wie das ganze Palais, den Eindruck großer Vernachlässigung. — Im Tschiragan-Palais hat der 1876 wegen Wahnsinns abgesetzte Sultan Murat V. die letzten Jahre seines Lebens verbracht.

Lokale und sächsische Nachrichten.

Dresden. Seine Majestät der König hielt Dienstag mit mehreren Herren eine Hochwildjagd auf Grillenburgs Revier ab. Abends 8 Uhr wohnten der Monarch und Ihre Königlichen Hoheiten der Kronprinz, Prinz Friedrich Christian, Prinz und Frau Prinzessin Johann Georg und Prinzessin Mathilde dem Vortrage des Leutnants Schackleton über seine Südpolarreise im Vereinssaale bei.

Dresden, 18. Januar. Die Pachtangebote für den Dresdener Hauptbahnhof, bekanntlich eine der größten Bahnhofswirtschaften Deutschlands, sind in sehr reicher Zahl eingelaufen. Während der verstorbenen letzte Pächter „Papa John“ 40000 M. Pacht zahlte, liegt jetzt ein Ange-